

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Nichtschreibzeit 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Nekrame u. Eingeladene die Zeile 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Mohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 151

Bad Schandau, Donnerstag, den 1. Juli 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Das Reichskabinett beschloß eine Vereinfachung und Neuabgrenzung der Reichsbehörden.
- \* Der Reichswirtschaftsrat trat am Mittwoch zu seiner ersten Sitzung in Berlin zusammen und wählte zwei Präsidenten mit gleichen Rechten, Herrn Legien für die Arbeitnehmer und den Abg. v. Braun für die Arbeitgeber.
- \* Der päpstliche Nuntius Pacelli überreichte dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungsschreiben.
- \* Der fürstbischöfliche Delegat in Berlin, Prälat Dr. Kleinemann, tritt aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand.
- \* In der italienischen Kammer erhielt Ministerpräsident Giolitti ein volles Vertrauensvotum mit 316 gegen 51 Stimmen.
- \* In Italien kam es über die Frage des Generalfreits zu einer Spaltung zwischen der sozialistischen Parteileitung und dem Allgemeinen Arbeiterbund.
- \* Die antibolschewistische Armee des Generals Wrangel hat einen neuen Vorstoß gegen Sowjetrußland unternommen.

## Lebensmittelkrawalle.

Es geht wieder einmal um in Deutschland, das Massengedens der Selbsthilfe mit unzulässigen und gewalttätigen Mitteln. Im Westen hat es angefangen, aber auch im Norden und im Süden des Reiches hat es schon schwere Krawalle mit Toten und Verwundeten gegeben. Die staatlichen und städtischen Behörden werden beiseite geschoben und man liest wieder von der Notwendigkeit, hier und dort den Belagerungszustand zu verhängen — ganz wie einst, als wir noch nicht die Weimarer Verfassung hatten. Ein Obsequium hat sich, dem Himmel sei Dank, über das Land ergossen, wie wir ihn seit langen Jahren nicht erlebt haben. Aber die Preise entsprechen leider Gottes nicht dieser Überfülle der Warenvorräte, und so ist es schließlich kein Wunder, daß der Born der minderbemittelten Volkskreise sich gegen diese Erscheinung auflehnt. Daß die Preissteigerungen — zum Teil wenigstens — eine absolut unvermeidliche Folge der Entwertung unserer Mark darstellten, und daß der Obstschäcker, wenn er heute sich für seine Erzeugnisse das Fünftfache des Preises bezahlen läßt, den er vor dem Kriege erhielt, damit noch lange nicht den gleichen Sachwert eingetauscht hat, den der einfache Preis der Vergangenheit für ihn darstellte, diese Wiesenwahrheit gerät in der Erregung des Augenblicks immer wieder in Vergessenheit. Man sucht — wie anderwärts ja auch — einen „Schuldigen“ und will an ihm, so oder so, seine Wut auslassen. Da man den Produzenten nicht unmittelbar zu Leibe gehen kann, wendet man sich gegen diejenigen Kreise, die die Produkte zum Verkauf stellen, und so haben die Kleinhandlcr, die vielleicht am allerwenigsten für den traurigen Stand der Dinge haftbar zu machen sind, den Schaden zu tragen. Den letzten heißen eben auch in diesem Falle die Kunde.

Es ist ganz klar, daß diese schwierigen Fragen weder durch die Verhängung des Belagerungszustandes, noch gar durch Pulver und Blei zu lösen sind. Sie sind es um so weniger, wenn sich in die Bewegung politische Erzieherkräfte einbringen, die sie zum Vorwand für anderweitige dunkle Pläne zu machen wünschen. Ließt man die Blätter der radikalen Linken, so findet man hier eindringliche Warnungen vor dem „Verfall der Proleten“, vor Spitzeln, die angeblich im Dienste der Gegenrevolution die Volksmassen zu Unbesonnenheiten hinreizen möchten, damit zu deren Bekämpfung endlich die heimlich sich rüstende Reaktion auf den offenen Markt des Lebens hinausstreiten kann. Nach der Darstellung von dieser Seite können die rechtsstehenden Parteien den Augenblick, wo sich neues Bürgerblut vergießen läßt, gar nicht erwarten. Sie brennen förmlich darauf, der Entente zu beweisen, daß mit einem Heere von 100 000 Mann in Deutschland unmöglich auf die Dauer auszukommen sei. Die Kommunisten sprechen von einem „Hungeraufstand“, warnen aber auch ihrerseits vor den „Maschinengewehren der Disziplinärbataillone“ und fordern die Arbeiter auf, ihr Heil lieber da zu suchen, wo sie wirklich etwas ausrichten könnten: auf dem Gebiete der Produktion. Da würde man schließlich ihrer Herr werden können.

Einen andern Weg schlägt ein großes Blatt ein, das in Berlin an allen Aufschlagläufen prangt und die Betriebsräte der Großberliner kommunalen Lebensmittelstellen, den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft des Magistrats der Stadt Berlin und die Arbeiter-Ernährungskommission zu Verfassen hat. Der Aufruf wendet sich an die Frauen und Männer der arbeitenden Großstadtbevölkerung und sucht die Verantwortung für die augenblickliche schlechte Ernährungslage von den städtischen Behörden ab- und der Landwirtschaft und der Reichsregierung zuzuwälzen. Es wird Beschwerde darüber geführt, daß trotz energischer Einsprüche gegen eine weitere Verteuerung der Lebensmittel abermals Frühbruschkartons eingeführt, die Preise für Brotgetreide erneut um etwa 50 % erhöht, Maßnahmen zur Senkung der Preise abgelehnt worden sind und nichts zur gerechten Erfassung und Verteilung der Lebensmittel geschahen ist. Es wird empfohlen, in öffentlichen Volksversammlungen die „unwürdige, schamlose Haltung der Landwirte und die Schwäche der Regierungskreise“ zu kennzeichnen und die entsprechenden Forderungen zu erheben. Auch in diesem Aufruf findet sich die Andeutung,

daß gewisse militärische Kreise beim Entstehen von Unruhen Gelegenheit nehmen würden, die verwirrte Situation ihren Zwecken dienlich zu machen. Diese Sprache wird sogar von ziemlich weit links stehender Seite scharf gegeföhelt. Es kann nicht darauf ankommen, die allgemeine Gereiztheit, namentlich zwischen städtischen und ländlichen Bevölkerungsteilen, noch weiter zu steigern, sondern einzig und allein darauf, durch praktische Maßnahmen zu helfen, so viel sich bei den gegebenen Verhältnissen überhaupt helfen läßt. Als Beispiel für diese vernünftige Tendenz sei auf das sonst so radikale Gera verwiesen, wo man im alleitigen Einvernehmen einen Markttag aus Erzeugern und Verbrauchern gebildet hat, der die Markt- und Ladenpreise für sämtliche Lebensmittel festsetzt. Damit wurde zunächst schon erreicht, daß der Verkauf sich in mustergültiger Ordnung vollzog. Weiter wird man aber auch in der Frage des Abbaues der Zwangswirtschaft in den Grenzen des Möglichen doch wohl endlich von Worten zu Taten übergehen müssen.

Je länger desto mehr wird die Art der bisherigen Zwangswirtschaft für viele Unleidlichkeiten des öffentlichen Lebens verantwortlich gemacht, für die sich sicherlich auch noch andere Ursachen anführen lassen, die aber doch mit der Zwangswirtschaft in mehr oder weniger engem Zusammenhang stehen. Deshalb ist es notwendig, guten Willen zu zeigen, trotz aller Opposition von Ämtern und Kriegsgesellschaftlichen.

Wir gehen allem Anschein nach dem Höhepunkt der Krisis entgegen. Die neue Regierung darf keinen Augenblick wagen, wenn sie schwere Verwundungen vermeiden will.

## Spa und Versailles.

Die entscheidende Kabinettsitzung.

Das neue Reichskabinett hielt eine lange Sitzung ab, die bestimmt war, die Vorschläge Deutschlands für Spa festzusetzen. Die Sitzung nahm den ganzen Tag in Anspruch. Man darf sogar ernsthafte Zweifel hegen, ob es in der Eile, die sich leider nicht vermeiden ließe, möglich sein wird, den ganzen Komplex von Fragen, der sich an Spa knüpft, eingehend durcharbeiten. Eine solche Vorbereitung erscheint unbedingt nötig, wenn es auch vielleicht dahin kommen kann, daß die Ententevertreter die deutschen Vorschläge zunächst nur entgegennehmen und sich eine endgültige Antwort darauf vorbehalten. Das wäre freilich nicht nach dem Sinne Frankreichs, das sich der Hinausschiebung der Konferenz mit der offensivsten Absicht widersetzt hat, es gar nicht zu einer wirklichen Verabredung kommen zu lassen, sondern die deutschen Abgeordneten einfach wieder vor die Tatsache hochgegrauter kategorischer Forderungen Frankreichs zu stellen. Dem werden wohl auch diesmal, wie in San Remo, die vernünftigeren Erwägungen Englands und Italiens im Wege sein. Mehr und mehr scheint sich ja außerhalb Frankreichs die Überzeugung Bahn zu brechen, daß die Erfüllung des Vertrages von Versailles in vollem Umfang gar nicht möglich ist. Das sagt auch besonders die neutrale Presse in ihren Auslassungen über den 28. Juni, den Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Selbst ein so wenig deutschfreundliches Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß durch die Vernichtung des Wirtschaftssystems eines arbeitstätigen Volkes nur der allgemeine Ruin vorbereitet werde. Möchte das endlich auch einmal in Frankreich erkannt werden.

## Polnische Willkür.

Sintertreibung der Abstammung.

Nach Feststellungen eines in Neupolen ansässigen Vertrauensmannes des Deutschen Schutzverbandes für die Grenz- und Auslandsdeutschen sind die Annahmen der deutschen Stimmberechtigten aus Polen zur Volksabstimmung richtig in die Hand der Abstimmungskommissionen in Ost- und Westpreußen gelangt. Von dort sind auch die Abstimmungsausweise richtig abgeschickt worden. Aber nur ein Fünftel ist in die Hände der Stimmberechtigten gelangt. Die übrigen vier Fünftel sind zum größten Teil schon an der Grenze, sonst bei der letzten Poststation beschlagnahmt worden. Die Deutschen in Polen, die auf Grund von Abstimmungsausweisen bei den polnischen Poststellen einen Paß nachsuchten, wurden unter Ausflüchten zurückgewiesen. Die Paßstellen verlangten meist einen besonderen Ausweis der Interalliierten Kommission. Wenn auch dieser beigebracht wurde, so wurden die Deutschen abermals unter dem Vorwand hingegehalten, daß erst Erkundigungen über sie bei den örtlichen Polizeibehörden eingezogen werden müßten. Es wird also nur ein winziger Bruchteil der zahlreichen stimmberechtigten Deutschen, die in Polen leben, an den Abstimmungen teilnehmen können.

## Deutscher Reichstag.

(4. Sitzung.)

CB. Berlin, 30. Juni.

Fast die ganze heutige Sitzung war der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung gewidmet. Nachdem am Nachmittage der Montagssitzung die Abg. Scheidemann für die Mehrheitssozialdemokraten, Ledebour für die Unabhängigen und Bergt für die Deutschnationale Volkspartei gesprochen hatten, kamen heute die andern Parteien zu Worte.

Bevor man sich mit der Regierungserklärung beschäftigte, hatte der Vizekanzler Dr. Heinze auf Anfrage erklärt, daß die Regierung bereit sei, die Interpellation über Vorbereitungen zum Generalfreit, über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und über die Erhöhung der Lebensmittelpreise in den nächsten Tagen zu beantworten. Ferner wurden die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses angenommen, wonach die gegen den Abg. geordneten Mittwoch (11. Juli) verhängte Festungstrafe für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden sollte, ferner das Strafverfahren gegen den Abg. van den Kerckhoff (Deutschn.) für die Dauer der Session eingestellt wird. Bei diesem Verfahren handelt es sich um eine Steuerangelegenheit, und der Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.) erklärte aus diesem Anlaß: „Wir stimmen dem Antrage zu. Ich stelle aber fest, daß es sich hier um eine Steuerangelegenheit handelt, und daß die Partei des Herrn Seltschick im Falle Erzberger ebenfalls eine Steuerangelegenheit ausgebeutet hat.“ — Darauf erwiderte der Abg. Schütz-Vromberg (Deutschn.): „Im vorliegenden Falle wird die Aufklärung sofort erfolgen. Im Falle Erzberger haben wir die Aufklärung verlangt aber bis heute nicht erhalten.“

## Weiterbesprechung der Regierungserklärung.

Nach der Erledigung dieser Angelegenheiten sprach als Vertreter des Zentrums der Abgeordnete Trimborn. Er hob mit Nachdruck hervor, daß die Grundlage der Tätigkeit des Reichstages die Reichsverfassung sein müsse. Diese Grundlage sei unser Rückgrat. Der Redner ging hierauf des näheren auf die Nachrichten über die Bildung einer neuen Armee ein und beschäftigte sich dann mit den Finanzen des Reiches und mit der Ernährungsfrage. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde nach der Ansicht des Redners zu Preissteigerungen führen, die mit dem Wohle der Bevölkerung nicht vereinbar sind. Der Brotpreis dürfe nicht weiter erhöht werden. Der Zentrumsredner schloß mit der Erklärung: „Die Männer der neuen Regierung können unseres vollen Vertrauens gewiß sein.“

Als Vertreter der Deutschen Volkspartei folgte der Abgeordnete Dr. Stresemann. Er betonte u. a. eine Koalition der gesamten Bürgerlichen war tatsächlich unmöglich. Der einzige Vorwurf, der erhoben werden könnte, würde höchstens der sein, daß diese Unmöglichkeit nicht noch einmal vor dem Lande festgestellt wurde. Es war nicht möglich, mit den Deutschnationalen zusammen eine Regierung zu bilden. Weiter beschäftigte sich der Redner mit den Auslandsdeutschen und verlangte für sie ausreichende Entschädigung.

Der nächste Redner war der Abgeordnete Schiffer für die Demokraten. Er behandelte unter anderem die Konferenz von Spa und erklärte, daß dort keine Verpflichtungen unterzeichnet werden dürften, die nicht erfüllt werden könnten, weil uns das bald wieder in den Ruf bösen Willens bringen würde. Hierauf sprachen die Vertreter der kleineren Parteien und dann wurde die Sitzung geschlossen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* **Der päpstliche Nuntius beim Reichspräsidenten.** Der päpstliche Nuntius Pacelli wurde vom Reichspräsidenten Ebert zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Der Empfangsakt trug einen herzlichsten Charakter. Der Reichspräsident begrüßte den Nuntius mit ehrenden Worten der Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit und sein warmes Interesse an dem Wohle des Deutschen Reiches, wobei der Präsident dankend der im gleichen Sinne bewährten Haltung des Papstes gedachte. Der Nuntius bewährte den Reichspräsidenten seiner wärmsten Gefühle für Deutschland und hoffte, gleich dem Reichspräsidenten, daß seine Berliner Tätigkeit sowohl dem Reiche wie dem Vatikan Segen bringen werde. Da Nuntius Pacelli von den für Berlin bestimmten Hauptvertretern der Mächte als erster offiziell sein Amt angetreten hat, wird man nicht fehlgehen, in ihm den Dozenten des diplomatischen Korps zu erblicken.

\* **Die ungeheure Reichsschuld.** Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth wird in einer der nächsten Reichstags-Sitzungen Zahlen nennen, die mit erschreckender Deutlichkeit die trostlose Finanzlage des Reiches zeigen. Wir haben jetzt eine Reichsschuld von 265 Milliarden Mark. Das Defizit bei der Reichseisenbahn beträgt nicht weniger als zwanzig Milliarden.

\* **Polnischer Massenmord in Graudenz.** Wie von unterrichteter Seite erklärt wird, beruht die kürzlich durch die Blätter gegangene Meldung von der Erschießung von 17 deutschen Arbeiterführern aus Thorn durch die Polen leider auf Wahrheit. Am 2. Mai ist in Graudenz eine Proklamationsaktion angeschlagen worden, in der die Arbeiterchaft aufgefordert wurde, gegen die Posttrennung Ost- und Westpreußens was dessen eventuelle Zuteilung an Polen auf das schärfste zu protestieren. Daraufhin wurden von den Polen 16 Mitglieder der Unabhängigen Partei und ein Mitglied der mehrheitssozialistischen Partei als angebliche Urheber dieser Proklamationsaktion verhaftet und standrechtlich erschossen. Die Richtigkeit dieser Meldung ist nicht nur durch Zeugenansagen, sondern auch durch Mitteilungen polnischer Zeitungen bestätigt. Mehrere deutsche Arbeiterführer sind überdies aus demselben Anlasse ebenfalls verhaftet und nach Warschau gebracht worden. Aber ihr Schicksal ist noch nichts bekannt.

\* **Vereinfachung der Reichsbehörden.** Das Reichskabinett befaßte sich mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushalts für 1920. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Auflösung veranlaßt

hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurfe zu. Im übrigen wurde beschlossen, die Frage der Vereinfachung der Reichsbehörden und der Neuanbahnung ihrer Zuständigkeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen.

**Kanzler und Reichsrat.** Zu der letzten Sitzung des Reichsrates war auch Reichskanzler Lehmann erschienen, um sich persönlich dem Reichsrat vorzustellen. In seiner Begrüßungsansprache betonte er, wie großen Wert er auf ein Vertrauensverhältnis und gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung lege. Die Interessen des Reiches und der Länder seien ja doch in allen wesentlichen Punkten identisch und in den schweren Nöten der jetzigen Zeit seien Reich und Länder vollends aufeinander angewiesen. Staatssekretär Göhre dankte dem Reichskanzler namens des Reichsrates.

**Entpolitisierung des Reichswirtschaftsministeriums.** Der neue Reichswirtschaftsminister stellte in seiner Einführungssprache an die Beamten und Angestellten des Ministeriums in den Vordergrund, daß die Zusammenarbeit innerhalb des Amtes von der Lösung: „Vertrauen gegen Vertrauen“ getragen sein solle. Er kenne den Beamten und Angestellten gegenüber keinerlei politische Voreingenommenheit, und er hat alle, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, um volles Vertrauen und um ihre Mitarbeit. So aufgefaßt bedeute der Ruf nach Entpolitisierung der Wirtschaft die Mitarbeit aller, die mit Eifer, Tatkraft und Sachkenntnis an die Arbeit gehen wollen; diese Entpolitisierung müsse auch im Wirtschaftsministerium zur Tat werden.

**Einladung zur internationalen Finanzkonferenz.** Der Völkerbundsrat hat den Zusammentritt der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel auf den 23. Juli festgelegt. In dem Schreiben an den Ministerpräsidenten sagt Bourgeois, daß die Einladung Deutschlands zur Konferenz nötig sei, die Form der Einladung aber erst nach der Konferenz von Spa festgelegt werden könnte.

**Weißpropaganda des Bolschewismus.** Nach einer Meldung aus Moskau soll Lenin für eine Ausföhrung der Räterepublik mit den Sozialisten der Weststaaten folgende Bedingungen aufgestellt haben: 1. Anschluß an die Moskauer Internationale und Aufgabe jeglicher Propaganda zugunsten der vierten Internationale, in der die Strömungen der 2. und 3. Internationale aufgehen sollen. 2. Anerkennung des Rechts der Bolschewisten, ihre Weltpropaganda fortzuführen und Aufgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte.

### Italien.

**Sozialistischer Revolutionsaufruf.** Der „Avanti“ veröffentlicht einen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiterbundes an das italienische Proletariat. Der Aufruf, der sich auch an die Soldaten wendet, erinnert an die von der Regierung gegebene Zusicherung, keine Truppen nach Albanien senden zu wollen, und schließt: Wir erheben laut den Ruf: „Hände weg von Balona! Arbeiter und Soldaten! Sallet euch bereit und reißt euch vor einem neuen Kriege die Hände, beantwortet einen neuen Krieg mit dem Rufe: Revolution!“

### Rußland.

**Sowjetkontrolle des Außenhandels.** Nach einem Telegramm aus Sankt Petersburg hat Lenin ein Dekret unterzeichnet, durch das das Volkswirtschaftsministerium für Industrie in ein solches für Außenhandel umgewandelt wird. In Zukunft wird niemand mehr das Recht haben, Handelsaktionen vorzunehmen, ohne dazu von diesem Ministerium ermächtigt zu sein. Dieses Dekret hat somit die unbedingte Kontrolle der Sowjets über den Warenaustausch und den Außenhandel zur Folge.

**Der Vormarsch des Generals Wrangel.** Nach Meldungen der russischen Presse haben die Truppen des Generals Wrangel im Verlauf ihrer am 8. Juni eingeleiteten Offensive einen starken Stützpunkt nördlich der Tauris (Krim) genommen. Der rechte Flügel der Armee Wrangel hat den Hafen Werdjansk, an der Küste des Asowschen Meeres, besetzt und der linke Flügel hat den unteren Lauf des Dniepr erreicht.

### Aus In- und Ausland.

**Amsterdam.** Den „Times“ zufolge hat Krassin neuerdings eine Unterhaltung mit Lloyd George gehabt und wird wiederum mit dem Ausschuss des Wirtschaftsrates zusammenkommen.

**Stockholm.** Alle hiesigen Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, die einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Finnland voraussetzen.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, Schweizer und französische Frank und Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Börsenplätze	30. 6.		29. 6.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	1358,60	1361,40	1346,15	1348,85	170 Mk.
Dänemark . . . Kronen	624,35	625,95	611,85	613,15	112 "
Schweiz . . . Frank	—	—	—	—	72 "
Amerika . . . Dollar	—	—	—	—	4,40 "
England . . . Pfund	151,85	152,15	150,10	150,40	20,20 "
Frankreich . . . Frank	—	—	—	—	80 "
Italien . . . Lire	231,25	231,75	231,25	231,75	80 "
Österreich . . . Kronen	26,47	26,53	26,02	26,08	85 "
Ungarn . . . Kronen	24,27	24,33	24,22	24,28	85 "
Tschechien . . . Kronen	87,52 1/2	87,72 1/2	87,15	87,35	85 "

**Berliner Produktentwertung.** Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktentwertung am 30. Juni: Safer per 1000 Kilogramm loco 2380 Mark ab Bahn, auf Abladung 2240—3220 Mark ab Station. Tendenz fest.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen, 130—165 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—130 Mark, Weizen 85—95 Mark, Ackerbohnen 95—105 Mark, Weizen 70—80 Mark, Lupinen blaue 45—55 Mark, gelbe 50—65 Mark, Serradella 40—50 Mark, Weizen, lose, altes 27—29 Mark, neues 18—19 Mark, Stroh, drahtgepreßt 9—10 Mark, gebündelt 8—9 Mark, Trodenschneißel 50—60 Mark, Patent Steifen 90—95 Mark.

**Regelung der Vorkriegsschulden.** Den englischen Blättern zufolge hat der Kontrolleur des englischen Clearingamtes festgestellt, daß zwischen englischen und deutschen Firmen ein unmittelbarer Ausgleich wegen der Vorkriegsschulden stattfinden darf. Alle Vorschläge für die Bezahlung oder den Ausgleich der Vorkriegsschulden dürfen indessen nur durch Vermittlung des Clearingamtes erfolgen.

## Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Berlin, 1. Juli. Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag einen Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, die öffentliche Bewirtschaftung von Lebensmitteln mit Ausnahme von Brotgetreide und Milch unverzüglich aufzuheben und Maßnahmen zu treffen, um durch die Steigerung der Brotgetreide- und Milchherzeugung die rasche Befreiung der gesamten öffentlichen Bewirtschaftung zu ermöglichen. Ferner beantragt sie, um den Verberb erheblicher Teile der Ernte zu verhüten und um die Volksernährung sicherzustellen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in landwirtschaftlichen Betrieben, insbesondere während der Saat- und Erntezeit vor Anruf und Entscheidung der zuständigen Schlichtungsausschüsse verboten werden und terroristische Ausschreitungen jeder Art mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird.

### Die Taktik der Unabhängigen.

Berlin, 1. Juli. In der gestrigen Reichstagsitzung hat die Unabhängige Fraktion ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung eingebracht. Dazu schreibt der „Vorwärts“: Daß dieser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages angenommen würde, haben die Unabhängigen selbstverständlich keinen Augenblick vorausgesehen. Sie verfolgen mit ihrem Antrag augenscheinlich Demonstrationsabsichten. Insbesondere wollen sie die sozialdemokratische Fraktion vor die Alternative stellen: entweder dem Mißtrauensvotum zuzustimmen oder es abzulehnen. Sie wissen sehr genau, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem erwähnten Antrag der Regierung den Boden entziehen würde, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen. Aus diesem Grunde aber wird die sozialdemokratische Fraktion dem unabhängigen Antrag ihre Zustimmung nicht geben können. Sie hat gestern abend nach Schluß der Reichstagsitzung bereits eingehend über den Antrag verhandelt und ist dabei zu dem einmütigen Entschluß gekommen, ihn abzulehnen.

### Konstituierung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 1. Juli. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat gestern zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Es wurde zum Vorsitzenden gewählt der Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) und als dessen Stellvertreter der frühere Reichskanzler Abg. Müller-Frank (Mehrh. Soz.). Der Ausschuß wird heute abend seine erste Sitzung abhalten, in der in Anwesenheit des Ministers des Auswärtigen die bevorstehenden Verhandlungen in Spa besprochen werden sollen.

### Explosion einer Pulverfabrik.

München, 1. Juli. In Rosenheim schlug gestern abend gegen 7 Uhr der Blitz in die Pulverfabrik Winterholler, wobei ein Teil der Anlagen sofort in die Luft flog. Darauf folgte eine Reihe kleinerer Detonationen und gegen 8 Uhr eine gewaltige Detonation der Hauptanlage, die diese völlig zerstörte und gleichzeitig in der Stadt Tausende von Fenster Scheiben zertrümmerte. Gegen 10 Uhr abends dauerten die Detonationen noch immer an. Inzwischen ist das ganze Gelände durch Sicherheitswehr abgesperrt. Wegen der zurzeit bestehenden Gefahr läßt sich noch nicht feststellen, ob Menschen verunglückt sind.

### Die erste Völkerbundsversammlung.

Lausanne, 1. Juli. Der Bundesrat hat, wie die Revue erzählt, vom Sekretariat des Völkerbundes die Einladung zur Teilnahme an der ersten Völkerbundsversammlung erhalten, die im November stattfinden wird. Die Anträge der Mitgliederstaaten müssen vor dem 15. Juli dem Generalsekretariat eingereicht werden, doch hofft man, daß dieser etwas zu kurze Termin verlängert wird.

## Nah und Fern.

**Nachrichten aus russischen Gefangenenlagern.** Durch Aussagen kürzlich aus Rußland und Sibirien heimgekehrter ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener ist es gelungen, neuere Nachrichten aus dortigen Lagern sowie auch über das Schicksal einzelner noch zurückgebliebener Kriegsgefangener zu erhalten. Es hat sich außerdem eine ganze Reihe Heimgekehrter bereitwillig, Auskunft über ihre Kameraden, soweit sie hierzu imstande sind, den Angehörigen zu erteilen. Die letzte Nummer der „Mitteilungen“ des Völkerbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Berlin SW. 68, Lindenstraße 35, enthält die näheren Daten hierüber und ist von oben genannter Stelle gegen Nachnahme (0,50 Mk.) zu erhalten.

**Die Lebensmittelkrawalle im Reich** dauern fort und nehmen hier und da einen ernsteren Charakter an. In Würzburg, wo von der Menge Waffenladen geplündert wurden, kam es zu Straßenkämpfen, wobei es Tote und Verwundete gab. Über die Stadt wurde der Kriegszustand verhängt. In Cuxhaven kam es zu Plünderungen, denen gegenüber die Polizei sich machtlos erwies. In Heidelberg erzwangen Arbeiter eine bedeutende Herabsetzung der Obst- und Gemüsepreise. Schwere Unruhen mit Schieberereien zwischen Publikum und Sicherheitsbeamten ereigneten sich in Lübeck. Obst- und Gemüsehändler wurden gezwungen, ihre Preise herunterzusetzen, einige Läden sind ausgeplündert worden.

**Millionenschlebung mit Chemikalien.** In Hamburg wurde eine Fälscherbande entlarvt, die mit gefälschten Ausfuhrscheinen große Schlebungen in Chemikalien ins Ausland vornahm. Ein Kaufmann namens Krahnemittelte den Verkauf der falschen Scheine. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Fälscher, deren Zentrale in Berlin sich befindet, Millionenwerte an Chemikalien ins Ausland verschoben haben. Für die einzelnen Scheine wurden Preise von 10 bis 30 Millionen Mark bezahlt. Ein Apotheker namens Mende wurde verhaftet. Außerdem konnte bei mehreren Firmen eine größere Anzahl von gefälschten Ausfuhrscheinen beschlagnahmt werden.

**Briefpostbeförderung nach Amerika.** Im Juli finden nach Nord- und Südamerika außer mit englischen Dampfern (elwa zweimal wöchentlich) Postabgänge noch mit folgenden Dampfern statt: Dampfer „Oskar II.“ und „Sella Olav“ nach Newyork, von Kopenhagen am 8. und 22. Juli, Postschiff beim Postamt 1 in Hamburg am 5. und 19. Juli mittags; Dampfer „Stockholm“ nach Newyork, von Gothenburg am 10. Juli, Postschiff beim Postamt 1 in Hamburg am 6. Juli mittags; Dampfer „Manchuria“ und „Mongolia“ nach Newyork, von Hamburg am 10. und 24. Juli, Postschiff beim Postamt 1 in Hamburg am 8. und 22. Juli abends; Dampfer „Noordam“ und „Nieuw Amsterdam“ nach Newyork, von Rotterdam am 17. und 23. Juli, Postschiff beim Postamt 2 in Emmerich am 15. und 21. Juli vormittags und beim Postamt 1 in Hamburg am 13. und 19. Juli abends.

**Was kostet jetzt ein Paß?** Durch einen Erlaß des Ministers des Innern sind jetzt die Paß- und Sichtvermerke gebühren folgendermaßen festgesetzt worden: A. Für Auslandspässe 25 Mark, für Inlandspässe 15 Mark, für Inlands- pässe im Verkehr mit dem besetzten rheinischen Gebiete, mit den Abstammungsgebieten und Ostpreußen 5 Mark. B. Für einfache Ausreiseführer 15 Mark, für Ausreiseführer 25 Mark, für Dauerreisen 30 Mark. Dazu kommen in allen Fällen noch 3 Mark an Stempelgebühren.

**Ein Mustergut zur Züchtung tuberkulosefreier Rinder** will die Thüringische Landesversicherungsanstalt auf dem von der Karl-Beth-Stiftung in Jena gepachteten Gut Memberode einrichten. Das Gut soll daneben der wissenschaftlichen Forschung im allgemeinen dienen.

**Entfernung der deutschen Kriegerdenkmäler aus Ostpreußen.** Der Verein ehemaliger 88er in Kassel hat die von der französischen Besatzungsbehörde ausgehende Aufforderung erhalten, das von ihm bei Wörth für die dort gefallenen Angehörigen des 83. Infanterieregiments errichtete Kriegerdenkmal zu entfernen. Die gleiche Aufforderung soll an alle Kriegervereine, die ihren Gefallenen auf den Schlachtfeldern von 1870/71 Denkmäler errichtet haben, zugehen. Die Vereine beabsichtigen, die Denkmäler in den früheren Garnisonen der betreffenden Truppenteile wieder neu zu errichten.

**Funkverkehr mit Königsberg (Pr.).** Um den telegraphischen Verkehr Ostpreußens mit den übrigen Reichsteilen von dem polnischen Korridor unabhängig zu machen, hat das Reichspostministerium in Königsberg i. Pr. zwei Funkstellen und zwei Funkempfangsstellen eingerichtet. Der Hauptverkehr wird sich zurzeit zwischen Königsberg und Stettin sowie zwischen Königsberg und Berlin abspielen.

**Pulver-Explosion.** In der Mittwochnacht flog bei Zünderbog ein Pulverschuppen mit 600 Zentnern Schwarzpulver in die Luft, wobei acht Soldaten durch Splitter verletzt wurden.

**Schwerer Ernteschaden durch Hagelschlag.** Über die Gegend von Neu-Verdorf (Nieder-Lausitz) gingen schwere Gewitter verbunden mit wolkenbruchartigem Regen und Hagel nieder. Die Hagelschlossen erreichten die Größe von Tauben-eiern und zertrümmerten Hunderte von Fensterscheiben. Das Unwetter hat die Ernte streifenweise vollständig vernichtet und auch in den Obstgärten erheblichen Schaden angerichtet.

**Merkwürdige Kundgebung gegen die Kleidersteuer.** Die Gräfin Mucclai gab in Florenz einen Ball, auf dem der gesamte florentinische Adel in einem neuen Normalkostüm, das 35 Lire kostet, erschien. Einige dieser Kostüme waren aus gebrauchten Kartoffelsäcken hergestellt. Die neue Mode soll eine Kundgebung gegen die Kleidersteuer sein und auch in Rom eingeführt werden. Ein großer Teil der römischen Aristokratie hat sich durch öffentliche Erklärung bereits zur Annahme verpflichtet.

## Vermischtes.

**Der Holzverbrauch der Zeitungen.** Eine interessante Berechnung wird in der Jagdzeitung „St. Hubertus“ aufgestellt: Um einen Doppelzentner Papier herstellen zu können, braucht man ungefähr 62 1/2 Kilogramm Holzstoff. Aus einem Kubikmeter Holz werden 10 Doppelzentner Holzstoff gewonnen. Jede Zeitungsummer, die in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erscheint, kostet täglich das Holz, das in einem Jahr auf einem Hektar wächst. Eine der größten Tannen des Fichtelgebirges befindet sich in Warmensteinach; sie ist 30 Meter hoch und hat einen Umfang von 5 Metern. Um sie zu umschreiten, braucht man 36 Schritte, und in einer Höhe von einem Meter hat sie einen Umfang von 4 1/2 Metern. Diese Riesentanne, die 400 Jahre alt ist, hat eine Stammholzmasse von 32 Kubikmetern, würde also 320 Doppelzentner Holzstoff liefern. Diese Menge aber verbraucht eine Zeitung von 100 000 Exemplaren in acht Tagen zur Fabrikation ihres Druckpapiers, und so verschlingt sie also in acht Tagen, was die Natur in 400 Jahren hervorbringt. Von jeder Zeitung mit respektabler Verbreitung wird sich danach, zumal bei jahrelangem Bestehen, sagen lassen, daß sie ganze Wälder aufgefressen habe.

**Briefmarkenhochflut.** Schon der Krieg brachte eine Unmenge neuer Postwertzeichen, das erste Friedensjahr aber hat ihrer noch weit mehr gebracht. Da viele von den Marken nur sehr kurze Zeit in Gebrauch waren, steigt ihr Sammlerwert von Tag zu Tag. Im Jahre 1919 gelangten nicht weniger als 2000 neue Briefmarken in Umlauf, von denen 1500 auf die neugebildeten europäischen Staaten entfallen. In Polen allein sind seit dem Waffenstillstand mehr als 400 verschiedene Briefmarken ausgegeben worden, in der Ukraine 175. Hier und wo anders dienen die Briefmarken zugleich auch als Notgeld; die Rückseite dieser in erster Linie als Zahlungsmittel gebrauchten Marken wurde nicht gummiert. Die tschecho-slowakische Republik und der neue südlawische Staat haben je 150 verschiedene Marken ausgegeben. Das vielumstrittene Rumänien sogar 75!

**Die Lebenshaltung in Rußland** wird von Tag zu Tag teurer. Ein Kriegsgefangener, der neulich aus Sowjetrußland zurückgekehrt ist, teilt einige Preise mit, die jetzt in den großen Städten im Schleichhandel, auf dem jeder angewiesen ist, gezahlt werden: Ein Angus kostet 150 000 Rubel, ein Paar Schnürschuhe 35 000 bis 50 000 Rubel, ein russisches Pfund Butter 3000 Rubel, ein Pud (16,38 Kilogramm) Roggenmehl 20 000 Rubel, ein Pfund Fleisch 1000 Rubel, ein Paar Damenstrümpfe 5000 Rubel, ein Pfund Tabak schlechtester Sorte 1600 Rubel, eine Zigarre 150 bis 200 Rubel. Das Anstehen bei Einkäufen beginnt um Mitternacht, es kann einen ganzen Tag dauern und verläuft trotzdem häufig ergebnislos.

**Zuchthaus für Junggefallen.** Wie amerikanische Blätter melden, hat im Parlament von Louisiana der Abgeordnete Volgiano eine Vorlage eingebracht, derzufolge alle Einwohner männlichen Geschlechtes im Staate, die das 25. Lebensjahr erreicht haben und noch unvermählt sind, angewiesen und gezwungen werden sollen, sich innerhalb von

dreißig Tagen nach dem Inkrafttreten der Vorlage zu verheiraten. Falls sie sich weigern, den Bestimmungen des Gesetzes nachzukommen, können sie zu Geldstrafen von 1000 bis 3000 Dollar oder zu Büchthaus von 5 bis 10 Jahren verurteilt werden. Wir wollen nicht hochhaft sein, aber vielleicht steht mancher das Büchthaus dem Heiraten vor.

Enrico Caruso (auf den kürzlich ein Attentat verübt wurde) tritt zurzeit in Havana auf Cuba vor ausverkauften Häusern auf und erhält für den Abend zehntausend (!) Dollar Spielhonorar. Der Opernzyklus wurde mit Plotows „Martha“ eröffnet, und die Einnahmen am ersten Abend beliefen sich auf 47 000 Dollar. M. L.

## Die Ernährungslage in Sachsen.

Dresden. Das sächsische Landes-Lebensmittelamt hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Brotbeschaffenheit zu verbessern. Im Bezirk Großenhain, der in Sachsen immer zuerst erntet, ist seit gestern mit einem Vorsprunge von 14 Tagen im Vergleich zu früheren Jahren die Gersternte im Gange, deren Ertrag ausschließlich der Ernährung des sächsischen Volkes zugeführt werden soll.

Heute sind auf der Elbe in Dresden 11 Zillen mit Auslandsgetreide eingetroffen. Auch rollen seit gestern Eisenbahnwagen mit Roggenmehl aus den selbstbewirtschaftenden Kommunalverbänden Sachsens nach den vom Mehlmangel besonders betroffenen sächsischen Bezirken.

## Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 2. Juli.

Sonnenaufgang	3 <sup>44</sup>	Mondaufgang	8 <sup>40</sup> N.
Sonnenuntergang	8 <sup>23</sup>	Monduntergang	4 <sup>40</sup> B.
1724 Dichter Klopstock geb. — 1705 Jugendschriftsteller Gustav Kieritz geb.			

### Wettervorhersage.

Wind wechselnd, zeitweise heiter, wärmer, Gewitterneigung, sonst keine erheblichen Niederschläge.

Devisen-Kurs Prag vom 1. Juli 1920:

G.: 87,15 — B.: 87,35.

(Mitgeteilt von der Dresdner Bank Zweigstelle Schandau.)

**Ausschreibungsduplikat in Postpaketen.** Nach den Vorschriften der Postordnung ist der Absender eines Paketes verpflichtet, in das Paket obenauf ein Duplikat der Aufschrift zu legen. Fehlt dieses und löst sich die Aufschrift auf dem Paket, was sehr oft vorkommt, während der Beförderung ab, so bedarf es stets umfangreicher und zeitraubender Ermittlungen, ehe die Sendung untergebracht werden kann. Die Folge ist, daß die Sendung oft ihren Zweck verfehlt, der Inhalt verdirbt und Weiterungen für den Absender und den Empfänger entstehen. Außerdem muß der Absender für die Zeit der Lagerung des Paketes bei der Postanstalt die postordnungsmäßige Lagergebühr von täglich 30 Pfennig bezahlen. Daß derartige Pakete in erhöhtem Maße auch der Gefahr der Verabung ausgesetzt sind, bedarf keiner weiteren Ausführung.

**Der Verkehr mit dem Memelgebiet.** Aus vielfachen Anfragen geht hervor, daß noch immer Unklarheit über den Verkehr mit dem abgetretenen Memelgebiet herrscht. Es wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß deutsche Staatsangehörige keinerlei Genehmigung oder Visum, weder von deutscher Seite noch von der französischen Okkupationsverwaltung brauchen. Sie können mit einfachem Personalausweis ein- und ausreisen. Dagegen wird das Memelgebiet im Warenverkehr wie das Ausland behandelt. Wer Waren dahin verschickt oder von dort erhält, muß Einfuhr- oder Einfuhrgenehmigung besitzen und die Waren an der Grenze vorzulegen.

**Wohlfahrtspflege betr.** Wir machen unsere Leser und namentlich die Bewohner der in Frage stehenden Gemeinden noch besonders auf die Bekanntmachung des hiesigen Stadtrats in der vorliegenden Nummer über die Durchführung der Wohlfahrtspflege in der Stadt Bad Schandau und einer größeren Anzahl benachbarter Landgemeinden aufmerksam, damit die geschaffenen neuen Einrichtungen so schnell als möglich bekannt und vor allem auch benutzt werden. Ueber den Zweck und Umfang dieser Fürsorgestellen ist folgendes zu bemerken:

A) **Tuberkulose-Beratungs- und Fürsorgestelle:** Möglichst frühzeitige Feststellung der Krankheit, Verhütung der Weiterverbreitung, Vermittlung der notwendigen Behandlung und Versorgung durch Anraten ärztlicher Behandlung, Ueberweisung in Krankenhäuser und Heilstätten, Zuweisung von Nahrungsmitteln und Milch und endlich Schutz für die gefährdete Umgebung des Erkrankten.

B) **Mütterberatungs- und Säuglings-Fürsorgestelle:** Beratung der Mütter vor und nach der Entbindung über das Verhalten während der Schwangerschaft, ferner über Säuglingspflege und Ernährung, besonders über natürliche Ernährung durch die Mutterbrust, weiter Fürsorge der Säuglinge durch regelmäßige Kontrollbesuche seitens der Fürsorgeschwester, beziehentlich der Hebamme usw., und endlich Gewährung von Beihilfen an Schwangere und stillende Mütter durch Zuweisung von Lebensmitteln usw. — Es liegt daher im ureigensten Interesse aller Beteiligten, sich gegebenenfalls an die Fürsorgestellen zu wenden und deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird angeraten, die heutige Ratsbekanntmachung sorgfältig aufzuheben.

**Kurttheatermitteilungen.** Die Direktion schreibt uns: Da die Tanzabende von der städtischen Badeverwaltung auf den Mittwoch jeder Woche verlegt werden mußten, ändern sich die Spielabende des Kurttheaters. Es wird nunmehr Sonntags, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends gespielt werden. Das reizende Lustspiel „Die goldene Eva“ mit Grete Schubert in der Titelrolle geht Freitag in Szene, während am kommenden Sonntag als Neuheit für Bad Schandau das überall so beliebte Volksstück „Wo die Schwäbchen nisten“ gegeben wird. Es ist ein Gegenstück zu „Altrones „Mein Leopold“. Während hier der Sohn

zum Vater zurückkehrt, ist es in dem am Sonntag zur Ausführung gelangenden Stück der Vater, der zu seinen Kindern heimkehrt.

**Regelmäßige Tanztage.** Die von der Amtshauptmannschaft im Dezember 1919 genehmigte Verteilung der regulationmäßigen Tanztage, die seit 1. Januar 1920 in Geltung ist, wird, einem Vorschlag des Saalinhaververbandes entsprechend, auch nach dem 1. Juli d. J. bis auf weiteres beibehalten bleiben.

**Der Deutsche Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Bad Schandau,** ersucht uns um Aufnahme folgenden Artikels: „Vor einiger Zeit ging die Mitteilung durch die Presse, daß den Eisenbahnbeamten im Monat März d. J. ein Vorschuß in Höhe von 900 Mark, sowie auch der Arbeiterschaft im Eisenbahndienst ein Vorschuß von 290–340 M. gezahlt worden ist. Daraus ist in der Öffentlichkeit die gereizte Stimmung gegen die Eisenbahner, die durch Presseäußerungen hervorgerufen war, bedeutend gesteigert worden. Andere Berufsgruppen glaubten vor allem, daß die Vorschüsse überhaupt nicht zurückgezahlt werden brauchen, wodurch auch die Eisenbahner sehr oft wegen der vermeintlichen Vorsehung allen übrigen Berufsgruppen gegenüber noch bestigen Angriffen ausgesetzt sind. Zur Aufklärung der Öffentlichkeit wird hiermit betont, daß der erwähnte Vorschuß auf Grund einer Verfügung des Finanzministeriums von den Eisenbahnern in monatlichen Raten restlos zurückgezahlt werden muß, und daß die Rückzahlungen ab 1. Juli d. J. beginnen sollen. Daß demnach diese Vorschüsse, weil sie jetzt neben den Steuerabzügen wieder zurückgezahlt werden müssen, für die Eisenbahner keine Vorteile, dagegen aber schwere wirtschaftliche Einschränkungen bringen, wird jedem Einsichtigen nunmehr klar sein.“

**Furchtbare Unglück.** Wie uns mitgeteilt wird, hat sich am oberen Lauf der Elbe in Böhmen ein folgenschweres Unglück ereignet. Ein Ueberfährkahn, in dem sich 40 Schulkinder befanden, kam dadurch zum Kentern, daß sich die Kinder alle nach einer Seite drängten, um Fische zu beobachten. Der Kahn überstülpte sich, und alle Kinder sollen im Wasser umgekommen sein, während sich nur der Führer durch Schwimmen retten konnte. — Etwas Näheres konnten wir bis jetzt noch nicht erfahren.

**Lutherfeier in Wittenberg.** In Wittenberg wird der Tag, an dem Martin Luther vor 400 Jahren die päpstliche Bannbulle verbrannt hat, der 10. Dezember, festlich begangen werden. An der Erinnerungsfeier werden sich außer den städtischen Behörden und den kirchlichen Stellen auch die größeren protestantischen Organisationen, u. a. der Evangelische Bund, beteiligen. (D. E. K.)

**Der Zeitungspapier- Skandal.** Die Papierfabriken verdienen gegenwärtig wahnsinnige Gelber, mögen auch die Buchdrucker und die Zeitungen zugrunde gehen. Wie das Geldmachen betrieben wird, zeigt der Jahresbericht der Papierfabrik F. W. Strobel in Chemnitz. Sie besitzt ein Aktienkapital von 1 Million Mark und verdient nach Deckung der Unkosten, Zinsen und Abschreibungen 1 048 979 Mark, also fast 50 000 Mark mehr als das Grundkapital. Ueber hundert Prozent Reingewinn! In Holland wurde Monate hindurch deutsches Papier zu Spottpreisen angeboten, während bei uns Papiermangel herrscht.

**Meist als die Hälfte aller deutschen Kohle birgt der Schoß Oberschlesiens.** Was sollte aus unserer Brennstoffversorgung werden, wenn unser Besitz an diesem kostbaren Material um einen so ungeheuren Betrag verkleinert würde, wenn Oberschlesien bei der Abstimmung an Polen fiel? Das Elend, das für uns die Folge wäre, läßt sich nicht ausmalen. Mit allen Kräften müssen wir es verhindern, müssen wir versuchen, die Abstimmung zu unseren Gunsten zu wenden. Wir können das, wenn wir jedem Stimmberechtigten die Reise an seinen Abstimmungsort ermöglichen, wenn wir die „Grenz-Spende“ in stand setzen, die Kosten hierfür zu tragen. Dann muß aber auch wirklich jeder das seine tun und nach besten Kräften dazu steuern. Daher erfülle jeder seine Pflicht und gebe seinen Beitrag an die Geschäftsstelle unserer Zeitung, die darüber öffentlich quittiert.

**Kamenz.** Auf Beschluß des Stadtrats sind aus dem Stadtverordnetenversammlungsaale die Bilder und Wäfen der früheren Monarchen entfernt worden. Von den bürgerlichen Stadtverordneten wurde das Befremden hierüber ausgedrückt, daß diese Bilderverfälschung ohne Gehör der Stadtverordneten erfolgt ist.

**Jittau.** Eine Mehlschlebung hat die hiesige Polizei ausgeheckt. An der Schiebung sind vier Personen beteiligt. Sie kauften von einem Bäckermeister in Oibersdorf sieben Zentner fein ausgemahltes Roggenmehl und versuchten, es hier an den Mann zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wurden sie vom Polizeiwachmeister Polster abgefaßt. Das Mehl ist für den Kommunalverband beschlagnahmt worden.

**Jittau.** Von schweren Hagelschlägen und Regengüssen wurde die Gegend um den Rottmor hart betroffen. Der Blitz zündete in Obercunnersdorf und Ascherte die Scheune und das Wohnhaus des Bauern Sinder bis auf die Umfassungsmauern ein. Viele Fensterscheiben wurden zertrümmert. Die Schloßen lagen zum Teil in einer dünnen Decke noch am Dienstag morgen zwischen Oberoderwitz bis hinaus über Niederoderwitz.

**Dresden.** Dienstag vormittag hatte ein hiesiger Lehrer mit einer Anzahl Schulknaben einen fogen. Badeausflug nach der Elbe in die Nähe der Schubertstraße unternommen. Einer seiner Schüler, der 12 Jahre alte Sohn eines Schneiders, ging, als seine Kameraden mit ihm im Wasser badeten, plötzlich unter, tauchte aber noch einmal über dem Wasserspiegel auf, um dann umzukommen und vom Strome fortgetrieben zu werden. Der Lehrer brachte ihn wieder ans Land. Ein Herzschlag hatte dem Leben des Knaben ein jähes Ende bereitet.

**Dresden.** Am Dienstag tagte in Dresden eine außerordentliche Versammlung der Bäcker-Zwangsgewinnung, die gegen die schlechte Belieferung Dresdens mit Brotgetreide protestierte. Es wurde festgestellt, daß Dresden am schlechtesten mit Brotgetreide versorgt und infolgedessen gezwungen sei, zu Streckungen zu greifen, die geradezu gesundheitschädlich seien. Von 504 anwesenden Bäckermeistern waren 190 völlig ohne Mehl, so daß sie nicht backen können. Es wurde eine Entschlüsselung gefaßt, die der Regierung überreicht wird.

**Marienberg.** Friedhofschänder treiben hier ihr Unwesen. Von Gräbern wurden die Serpentinplatten abgehraubt und gestohlen. Auch Firmenschilder aus Serpentin sind entwendet worden.

**Burkersdorf bei Burgstädt.** Der einzige Sohn der Familie Wettermann wurde im Augenblicke des Niederblickens von seinem Pferde durch Hufschlag in die Herzgegend so unglücklich getroffen, daß der Tod eintrat.

**Frankenberg i. Sa.** In Verbindung mit einer Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg gefallenen Lehrer und Schüler des hiesigen Seminars wurde das im Treppenaufgang des Seminars angebrachte Ehrenmal — eine mächtige Serpentinplatte mit Insignien und den in Goldbuchstaben eingemeißelten Namen der jungen Helden (92 Schüler, 1 Lehrer) — feierlichst geweiht.

**Delsnig.** Am Sonntag wurde im nahen Walbe bei Untertriebes der 16jährige Handlungsgehilfe Hummel aus Lauterbach ermordet und beraubt aufgefunden. Sein Fahrrad, ein Gelbbetrag von 750 M. und eine Glanzlebertasche waren ihm geraubt worden. Als der Tat dringend verdächtig, ist ein 17jähriger arbeitsloser Walbarbeiter verhaftet worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß Hummel durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden ist.

**Leipzig.** In Hamburg-St. Georg wurden zwei 15 und 18 Jahre alte Klempnerlehrlinge angehalten, die in Leipzig ihren Eltern entflohen sein wollten. Der eine von ihnen hatte 9000 Mk. in polnischem und 800 Mk. in deutschem Gelde, der andere 10000 Mk. in polnischem Gelde bei sich. In die Enge getrieben, gestanden die beiden ein, daß einer von ihnen seinem Onkel, einem Fahrradhändler in Leipzig, eine eiserne Kaffette und das darin befindliche Geld gestohlen habe.

**Blauen.** Die hiesigen Erwerbslosen hielten im „Felsen“ Schlößchen“ eine stürmisch verkaufene Versammlung ab. Ein Antrag wurde angenommen, die Erwerbslosenkontrolle abzulehnen. Der Arbeitslosenrat solle sofort an das Stadtverordnetenkollegium herantreten und Begahlung der Mieten für die Erwerbslosen vom 1. Juli ab aus dem Stadtsäckel beantragen. Für die Arbeitslosen wird von der Stadt eine Beschaffungsbeihilfe von 400 Mark ohne jeden Abzug gefordert. Donnerstag soll eine neue Versammlung und darauf eine Demonstration stattfinden, die den Zweck haben soll, die Entlassung auswärtiger Arbeiter in Blauener Betrieben zu beschleunigen.

**Blauen i. B.** Ein Bleicherearbeiter hatte sich mit seinem 1 3/4 Jahre alten Söhnchen am Fenster des ersten Stockwerkes eines Hauses aufgehängt und das Kind dabei auf den Fensterstock gesetzt. In einem unbewachten Augenblick stürzte der Knabe ab und fiel in den Hof hinunter. Dabei erlitt das Kind einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

## Aus dem Gerichtssaal.

§ 45 Personen unter Anklage des Landfriedensbruchs. In Naumburg findet ein Schwurgerichtsprozess gegen 45 Personen wegen Landfriedensbruchs statt. Wie die Anklage behauptet, war hierbei der Leutnant Schröder vom 97. Infanterieregiment zu Tode gemartet worden. Während der Verhandlung gegen einen Hauptangeklagten wurden derartige Rohheitsakte zur Sprache gebracht, daß der Verteidiger seine Tätigkeit niederlegte und einen Antrag auf Unterbrechung des Verfahrens in diesem Angelegenheit stellte.

§ Französisches Gericht in der Pfalz. Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte die kürzlich in Ludwigshafen verhafteten Arbeiterführer und Gewerkschaftsbeamten wegen aufrührerischer Reden gegen die französische Befehlshaberbehörde zu Strafen von einer Woche bis zu neun Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen von 2000 bis 10 000 Mark.

§ Mordprozess Blau. In dem Prozess wegen der Ermordung des angeblieben „Episcops“ Blau folgte, wie aus Berlin berichtet wird, auf die Vernehmung des Angeklagten Hoppe, der durch einen Rastler, den er im Untersuchungsgefängnis seinem Mitangeklagten Winkler zugeleitet hatte, schwer belastet erscheint, die Vernehmung eben dieses Winkler, eines Schneidergesellen, in dessen Wohnung die Mordtat geschehen ist. Winkler will von dem, was sich in seiner Wohnung abspielte, keine Kenntnis gehabt und erst später einiges darüber erfahren haben. Die Beweisaufnahme begann mit der Vernehmung der Sachverständigen, die darin übereinstimmten, daß Blau wahrscheinlich durch Erdrückung vom Leben zum Tode gebracht worden ist.

§ Eintragliche Vermögensverteilung. Die Miesenprovisionen des Prolaristen Plate von der Reichsstelle für Gemüße und Obst bildeten den Ausgangspunkt einer Anklage wegen unlauteren Wettbewerbes, die den Direktor der Versicherungsgesellschaft „Allianz“, Grumbt, vor eine Berliner Strafammer führte. Plate, der gleichzeitig Agent der Versicherungsgesellschaft war, hatte dieser Gesellschaft Transportversicherungen der Reichsstelle zugewiesen und dafür 1/4 Million Mark Provision erhalten. Von dieser Provision vergütete er dem Direktor Grumbt den Betrag von 140 000 Mark zurück. Der Verein gegen Bestechungsumwesen stellte Strafantrag, weil er in Plates Transaktionen die Annahme von Bestechungsgeldern erblickte. Das Verfahren gegen Plate mußte jedoch eingestellt werden, weil auf ihn als Kriegsbeschädigter die Amnestie Anwendung fand. Grumbt wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf die vom Staatsanwalt beantragte Einziehung der 140 000 Mark wurde nicht erkannt.

§ Todesurteile. Das halleische Schwurgericht verurteilte den Vergemann Haake, der den Muffler Gerstenberg aus Eisenleben ermordete und die Leiche vergrub, zum Tode. — Drei Todesurteile fällte das Schwurgericht zu München-Gladbach. Verurteilt wurden die Ehefrau Hölters, die Ehefrau Nix und der Selzer Nixen wegen gemeinsamen Mordes an dem Ehegatten der Frau Hölters. Frau Hölters lockte ihren Gemann in einen Hohlweg, wo ihn der Selzer erschoss, während Frau Nix Beihilfe leistete. Frau Hölters ermordete ihren Mann aus Genußsucht und zahlte dem Selzer Nixen 700 Mark für die Tat. Nach der Tat gingen die Mörder in ein Tanzlokal.

## Letzte Drahtmeldung.

TU. meldet am 1. Juli, nachm. 1/2 Uhr:

### Rückzug der Polen.

Berlin. Aus Paris wird gemeldet: Telegramme von der polnischen Front berichten über einen allgemeinen Rückzug auf der ganzen polnischen Front von Wilna bis Kowno. Ein Telegramm besagt, daß die Polen von Wilna bis Kowno zurückgedrängt wurden.

### Rumänische Mobilisation.

Basel. „Havas“ meldet aus Bukarest, daß die rumänische Regierung die Mobilisierung angeordnet habe. Alle rumänischen Wehrfähigen, die sich im Auslande befinden, wurden zu den Waffen gerufen. Die Mobilisierung der rumänischen Armee dürfte durch das Vorrücken der roten Truppen veranlaßt sein.

## Eingesandt.

### Auf zum Kampf!

Man werden sich die Behörden auf ihre Pflicht besinnen und wieder nach dem Grundsatz handeln: „Wir sind für die Allgemeinheit da und die Allgemeinheit nicht für uns.“ Seit einer Woche werden dem Brote wieder Streckungsmittel beigegeben, die daselbst unbedenklich machen und diejenigen schwer in ihrer Gesundheit schädigen, die durch den Mangel, den die Kriegsernährung mit sich brachte, bereits schwer gelitten hatten. Wenn es gelungen war, seinen leidenden Zustand zu bessern, der hat für die Beschaffung feithaltiger Nahrungsmittel, wie Speck, Fett usw. sehr hohe Geldmittel aufwenden müssen.

Ein Leiden, das infolge mangelhafter Ernährung weite Verbreitung gefunden hat, äußert sich in furchtbaren Leibschmerzen, die auftreten, sobald der Betreffende irgendwelche bläsende Speise zu sich genommen hat. Das Leiden hat seine Ursache in einer zu weit vorgeschrittenen Entfettung des Darms. Welche Streckungsmittel werden dem Brote zugesetzt? Vohnmehl (Mehl von ausländischen Vohnen), Kohlrübenmehl und mehr dergleichen, was feindliche und geschäftstüchtige Unternehmer während des Krieges getrocknet und gemahlen haben. Fragt man sich, weshalb sich die Behörden zu der neuen Brots Streckung entschlossen haben, so gibt es nur eine Antwort: das Publikum kauft dieses Zeug nicht mehr. Man will unter allen Umständen höhere Preise dafür erzielen und wurden dieselben daher für das bisher gute Brot sofort erhöht, damit man die alten, teuer verkauften Streckungsmittel zu diesen Preisen umsetzen kann. Wie ist der Widerspruch sonst zu lösen, daß ein Bäcker annonciieren kann, er habe markenreines Brot zu verkaufen, — wenn nicht genügend Roggenmehl vorhanden ist? Das vorhandene Roggenmehl kann ja inzwischen gelagert, mußig oder verdrückt werden. Weshalb sollte

man denn auch den geschätzten Volksgenossen, den Schiefern, den Weg verlegen und ihre schönen Geschäfte verderben?!

Das verabscheuungswürdige Bild, welches man täglich sieht, wie die Herren Schieber und Genossen mit ihren Autos mit Familie oder dergl. trotz aller Verbote umherreifen, um uns zu zeigen, wie man das dem schwerleidenden Volke abgepreßte Geld verprakt, könnte verloren gehen. —

Das Mehl für die Kranken kann nicht mehr beschafft werden. Die Kranken müssen sich mit Kleiemehl begnügen, das allgemein zur Herstellung des zähen Weißbrotes verwendet wird. Aber nicht einmal das können sie regelmäßig erhalten, denn schon seit drei Wochen gibt es auch solches nicht mehr, es wird einfach nicht geliefert. Die Kranken können elend zugrunde gehen; was kümmert das den Kommunalverband, jener Schöpfung, von der niemand im Publikum weiß, wer die Nutznießer sind. Hat schon jemand einmal eine Abrechnung dieses famosen Unternehmens gesehen, oder weiß jemand, was mit den ungeheuren Gewinnen desselben geschieht. Wenn sie zustieße? Der Kommunalverband ist ein Spekulatives, wenn überhaupt jemals notwendig gewesen, dann aber längst überflüssiges Unternehmen. Er mag liquidieren und mit seinen ungeheuren Gewinnen den Preis der Waren ausgleichen, die er noch teuer eingekauft hatte. Aber eine Abrechnung will das Publikum sehen und die Personen genannt wissen, denen die Gewinne zugeflossen sind.

Die letzten Wochen haben gezeigt, daß sehr viele Waren sofort um 50 Prozent sinken konnten, sobald sie in den freien Handel gelangten. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln stellt die Verwaltungen, welche dieselbe in Händen hatten, in ein sehr schlechtes Licht. Jetzt, nachdem jedem Landwirt die letzten Kartoffeln pfundweise abgenommen worden sind, sieht sich ein Bezirk in Sachsen genötigt, seine großen Bestände zu verkaufen (den Zentner für 15 M.), und was nicht verkauft wird, soll der Kartoffelverwertung-

stelle in Miesä zugewiesen werden. Dort werden aus den sicher zum Teil halb verkauften Kartoffeln wieder Streckungsmittel für das Brot hergestellt. Eine Stadt muß ihre Kartoffeln mit 6 M. pro Ztr. abstoßen.

Wie viele mögen von den Kartoffeln bei der massenhaften Entlagerung wieder verrotten sein? Unsere Volkswirtschaft spottet jeder Kritik, die Verhältnisse schreien zum Himmel. Bleiben wir uns nicht die bestehenden Zustände gefallen, so würden sie schon längst auf gehört haben.

Wenn also von der Allgemeinheit nichts unternommen wird, so werden wir diesen Schwarzer Kommunalverband nicht los. Kein Volk der Erde würde sich eine solche Wirtschaft gefallen lassen. Nur der Deutsche tut es. Diese Behörden müssen gezwungen werden, sich wieder an ihre Pflichten zu erinnern, indem sie das Interesse der Allgemeinheit, und nicht dasjenige einer kleinen Gruppe vertreten.

Diese Zeilen sollen den Anlaß bieten, gegen den Kommunalverband Stellung zu nehmen und seine Beseitigung zu verlangen. Täglich müssen in allen Zeitungen des Bezirks die Spalten mit Kritik gefüllt werden. Stoff ist in überreichem Maße vorhanden, man denke nur an die Fleischversorgung, Viehbezahlung, Häuteverwertung, Obsterzeugung usw. Hilft auch diese Kritik nicht, so muß der Kampf in öffentlichen Massenversammlungen aufgenommen werden, denn wir können doch nicht dauernd nur als Ausbeutungssubjekt dienen. Deshalb rufe ich allen denen, welche die gegenwärtige Wirtschaft gründlich satt haben und Mühe besitzen, den Kampf gegen den Kommunalverband zu unterstützen: „Auf zum Kampf gegen den Kommunalverband!“

Die Schriftleitungen der Zeitungen, welche im Versorgungsgebiet unseres Kommunalverbandes liegen, werden gebeten, dieses Eingeladene abzu drucken.

Bad Schandau, den 30. Juni 1920.

H.

## Amtlicher Teil.

### Wohlfahrtspflege betr.

Im Einvernehmen mit der Amtshauptmannschaft Pirna machen wir hierdurch folgendes bekannt:

Zur Durchführung des Sächsischen Gesetzes über die Wohlfahrtspflege vom 30. Mai 1918 werden in unserer Stadt Bad Schandau

a) für die Stadtgemeinde Bad Schandau und die Landgemeinden Altendorf, Gohsdorf, Kleingiechhübel, Krippen, Mittelndorf, Ostrau, Vorschdorf, Postelwitz mit dem Gutsbezirk Staatsforstrevier Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waizdorf, Waltersdorf und Wendischfähre eine

Tuberkulose-Beratungs- und Fürsorgestelle, sowie

b) für die Stadtgemeinde Bad Schandau und die Landgemeinden Altendorf, Krippen, Ostrau, Vorschdorf, Postelwitz mit dem Gutsbezirk Staatsforstrevier Postelwitz, Rathmannsdorf, Schmilka, Waltersdorf und Wendischfähre eine

Mütterberatungs- und Säuglings-Fürsorgestelle errichtet.

In jeder dieser Fürsorgestellen wird einen **Sonnabend um den andern von dem Fürsorgearzt — bis auf weiteres Herrn Dr. med. Carlsburg** hier, Hindenburgstraße Nr. 157 — **unentgeltlich Sprechstunde** abgehalten, so daß

also, wenn in der einen Woche Sprechstunde in der Tuberkulose-Beratungs- und Fürsorgestelle stattgefunden hat, am darauffolgenden Sonnabend Sprechstunde in der Mütterberatungs- und Säuglings-Fürsorgestelle abgehalten wird.

Die Sprechstunden finden in dieser Weise statt:

a) in der **Tuberkulose-Beratungs- und Fürsorgestelle** Sonabends nachmittags 4—5 Uhr im **Stadtkrankenhaus**, und zwar zum **ersten Male** Sonabend, den 3. Juli, dann weiter am 17. Juli, am 31. Juli usw.,

b) in der **Mütterberatungs- und Säuglings-Fürsorgestelle** Sonabends nachmittags 4—5 Uhr in der **Behausung des Fürsorgearztes Herrn Dr. med. Carlsburg**, und zwar zum **ersten Male** Sonabend, den 10. Juli, dann weiter am 24. Juli, am 7. August usw.

Bad Schandau, am 1. Juli 1920. Der Stadtrat.

### Grenzspendental betr.

Wie in allen übrigen Ortschaften der Kreisauptmannschaft Dresden findet nächsten **Sonnabend, den 3. Juli d. J.**, ein

### Grenzspendental

statt. Durch diesen Grenzspendental sollen mit die erforderlichen Mittel aufgebracht werden, um zu den Volksabstimmungen in Ost-, Westpreußen und Oberschlesien, durch die über die weitere Zugehörigkeit dieser Grenzgebiete zum Deutschen Reich entschieden werden soll, allen Stimmberechtigten freie Reise in das Abstimmungsgebiet und Unterhalt zu gewähren, da Reich und Staat nach dem Friedensvertrage Zuschüsse zu diesen Kosten nicht leisten dürfen. **Es ist daher Ehrenpflicht jedes Deutschen, nach Kräften zu dieser Grenzspende beizutragen.**

Die Sammlung findet in der Form von Haus- und Straßensammlungen statt und wird durch junge Damen des Wäckerheims von Fräulein Helene Roessler zur Durchführung gebracht werden.

Bad Schandau, am 1. Juli 1920. Der Stadtrat.

Die rosafarbene Kohlengrundkarte Nr. 129, sowie Zusatzkarte Nr. 710 sind verloren gegangen und werden hiermit für **ungültig** erklärt.

Bad Schandau, am 24. Juni 1920. Der Stadtrat.

### Kohlenversorgung betr.

Es können beliefert werden:

Die Abschnitte 9 und 10 der weißen Kohlengrundkarte mit je  $\frac{1}{4}$  Ztr., 9 und 10 der rosafarbenen, sowie 9 und 10 der Zusatzkarte mit je  $\frac{1}{2}$  Ztr. Bräutts. Ausgabe bis morgen Freitag, den 2. Juli, mittags 12 Uhr, bei **Reichert**, an der Elbe.

Bad Schandau, am 1. Juli 1920. Der Stadtrat.

Ein Posten der Jahreszeit entsprechend guter

### Kartoffeln

ist eingetroffen. Ausgabe bei Wenzel Haase in jeder Menge zureichend. Preis das Pfund 35 Pfg.

Bad Schandau, am 1. Juli 1920. Der Stadtrat.

Nichtamtlicher Teil.

**Dentist Behrendt,**  
Schmilka, Pensionat Waldfrieden  
neben Hotel „Helvetia“.

Zahnersatz in Kautschuk pro Zahn von 10 M. an, Goldkronen v. 80 M. an.

Sprechstunden:

Mittwoch u. Sonnabend nachmittags,  
sowie Sonntag vormittags,  
sonst Dresden, Viktoriastrasse 32.

Gibt Euren  
zahnenden Kindern



**Dentino**

das  
**Zahn-  
erleichterungs-  
mittel!**

Lindert die Schmerzen, verhilft Krämpfe, damit verbundene Fieberanfälle usw.  
Flasche M. 5.—  
Aldler-Apothek Schandau  
Schöbelwerke Dresden 16.

Den Herren  
**Rauchern**

bringe ich mein gut  
fortiertes Lager von

**Zigarren, Zigaretten u.  
Rauchtabaken**

zu angemessenen niedrigen  
Preisen in empfehlende  
Erinnerung.

**Wenzel Haase,**  
Bad Schandau  
Zaunkstr. 180.

Die Industrie sucht  
Köche und Erfindungen  
**Erfinder**  
erhalten Anerkennung zum Erfinder  
in unserer Drogerie-Kooperativen  
**Pilger & Mühschen**  
Breslau 5/263.

Gebr. divers. Flaschen,  
Korkflaschen u. Fässer  
mögl. im ganzen zu verkaufen.  
„Zur Mühle“, Schmilka,  
Sächs. Schweiz.

Beluchskarten liefert die  
Sächsische  
Gebietung

**Gebr. Arnhold**

Bankhaus

Dresden

Hauptstrasse 38 Waisenhausstr. 20/22. Chemnitzer Str. 96

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Anfbewahrung von Wertpapieren zwecks Zinsschein-Einlösung  
(lt. Verordnung v. 24. 10. 1919).

Handel in in- und ausländischen Wertpapieren.

**Weisskalk,**

gelöst und ungelöst,  
hat abzugeben

**Baumeister Mendel,**  
Bad Schandau, Fernruf 256.

— Kluge Frauen —

gebrauchen bei Regelstörung und  
Stoßung meine auch in den hart-  
näckigsten Fällen sicher wirkenden  
Spezialmittel. Vollständig un-  
schädlich mit Garantierein,  
ohne Verursachung, streng dis-  
kreter Verkauf.  
Erfolge schon in einigen Tagen.

S. Laarsen,  
Spezialmittel für Frauenhygiene

— Frauenklub —  
Hamburg 670,  
Kaiser Wilhelmstraße 532.

**Zeitungsausgabe**  
nur **6** Uhr!

**Photograph. Ateller**

Wilhelm Fichtner,  
Schandau, Poststr. 31.  
Aufnahme täglich bei jeder Witterung.  
Tadellose Ausführung jeder  
gewünschten Größe.

**Hausdiener**

gesucht.

**Regenbarths Etablissement,**  
Bad Schandau.

**Aufwartung**  
gesucht.

Frau Meta Schmidt, Elbstr. 601.

**Beller. Mädchen**

oder einfache Stütze

mit etw. Kochkenntn. Anfang oder  
Mitte August f. Haush. v. 3 Pers.

**gesucht.**

— Aufwartung vorhanden. —

Frau Bürgerm. Dr. Gaisch,  
Pirna, Gartenstr. 37, II, Tel. 880.

**Hausmädchen,**  
welches sich auch zum Be-  
dienen der Gärte eignet.  
Anna verw. Ehrlich, Bahnhofs-  
wirtin, Königstein a. G.

**Kaffee,**

roh und geröstet,

**Kakao und  
Schokoladen**

kaufen Sie immer gut und  
preiswert bei

**Wenzel Haase,**  
Bad Schandau,  
Zaunkstr. 180.

**30000 Mark**

1. Hypothek auf Haus-  
grundstück mit Obstgarten  
gesucht.

Gest. Angebote unter S. 30 an  
die Geschäftsstelle der Gebietung.

— Gebietung —

**Hausordnungen,  
Mietverträge**

zu haben in der

**Sächsischen Elbzeitung.**